Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

15.05.1997 - Drucksache 14/667

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/667
15.05.97

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Novel-Food-Verordnung

Am 17. Januar 1997 hat das Europäische Parlament nach langjähriger Diskussion die sogenannte Novel-Food-Verordnung zum Umgang mit gentechnisch erzeugten oder veränderten Lebensmitteln beschlossen. Am 15. Mai 1997 tritt diese Verordnung in Kraft und ist in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unmittelbar gültiges Recht.

Bei voraussichtlich mehr als achtzig Prozent des Gentech-Food wird keine Kennzeichnungspflicht ausgelöst. Dies widerspricht dem erklärten Willen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Über neunzig Prozent verlangen eine klare, unmißverständliche Kennzeichnung von Gentech-Food.

Die Zuständigkeit für eine ordnungsgemäße Durchführung der Novel-Food-Verordnung und deren Überwachung obliegt den Ländern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft bis Ende September 1997 einen Bericht vorzulegen

1. über welche technischen Voraussetzungen (Labors, wissenschaftliche Analyseverfahren) Bremen verfügt, um überwachen zu können, ob sich ein Novel-Food-Produkt von den herkömmlich erzeugten in molekularer Struktur oder Zusammensetzung der Nährstoffe unterscheidet;

2. wie der Senat eine Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln sicherstellt

   a) in Schulen, Kindergärten, Kliniken, Heimen und ähnlichen öffentlichen Einrichtungen;

   b) in Restaurants, Kantinen und weiteren privaten Einrichtungen,

   c) für lose verkaufte gentechnisch veränderte Lebensmittel (zum Beispiel auf Wochenmärkten);

3. ob der Senat beabsichtigt, die Belieferung von öffentlichen Einrichtungen, in denen Essen vertrieben wird, mit gentechnikfrei hergestellten Lebensmitteln zu gewährleisten;

4. ob der Senat eine „Positivkennzeichnung" für Lebensmittel befürwortet, die vollständig ohne Hilfe der Gentechnik hergestellt wurden;

5. wie der Senat Initiativen unterstützt, die Lebensmittel aus ökologischem Landbau aus der Region für die Region vermarkten wollen.

Elisabeth Wargalla, Mützelburg, Dr. Helga Trüpel
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen